

Noosha Aubel



OB-Wahl
in Potsdam
2025

**Mein
Wahlprogramm**

Inhalt

- 3** Vorwort
- 4** Kommunalverwaltung 4.0
- 9** Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche
- 13** Chancengerechtigkeit durch Gleichberechtigung und Diversity
- 16** Chancengerechtigkeit durch Inklusion
- 19** Bezahlbarer Wohnraum
- 24** Ökologischer Stadtumbau
- 28** Zukunftsfähige Wirtschaft
- 33** Wissenschaft stärken
- 37** Kunst und Kultur
- 41** Sport und Bewegung
- 44** Ortsteile im Fokus
- 47** Einwohnendenbeteiligung
- 50** Ordnung und Sicherheit
- 53** Wirksame Gewaltschutzstrukturen
- 55** Gemeinsam mit dem Umland
- 58** Potsdam steht für Demokratie und Respekt

Kapitel
einzeln anwählbar



Vorwort

Dieses Wahlprogramm richtet sich an alle Potsdamer*innen, die eine lebenswerte, gerechte und zukunftsfähige Stadt wollen. Es beschreibt nicht nur Ziele, sondern benennt exemplarisch konkrete Hebel, die ich als Oberbürgermeisterin gemeinsam mit der Kommunalpolitik bewegen möchte, um positive Veränderungen im Alltag der Menschen zu bewirken.

Nicht alle Veränderungen liegen allein in kommunaler Hand — aber viele lassen sich durch Initiative, Zusammenarbeit und klare Prioritäten wirksam beeinflussen. Die Rolle der Oberbürgermeisterin ist dabei zentral: Sie führt die Verwaltung, setzt Schwerpunkte und steht im direkten Austausch mit den Einwohner*innen, mit Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Als überparteiliche Oberbürgermeisterin möchte ich gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen daran arbeiten, dass Sie in Potsdam gut leben können. Egal ob am Schlaatz oder in der Berliner Vorstadt. Dieses Programm ist ein Angebot zur Mitgestaltung — und ein klares Bekenntnis zur Verantwortung, die mit dem Amt einhergeht.

Kommunal- verwaltung 4.0

— damit Potsdam
funktioniert

Warum es jetzt zählt

Die kommunale Verwaltung der Zukunft ist kein Selbstzweck, sondern entscheidend für Lebensqualität, Vertrauen in Demokratie und Standortattraktivität.

Leistungen der Daseinsvorsorge, wie Ausweisbeantragung, Kita-Platzvergabe, Bescheidung von Bauanträgen, Wohngeld oder Sozialhilfe, müssen verlässlich, pünktlich und nachvollziehbar erbracht werden. Das erfordert digitale und schlanke Prozesse, transparente Zuständigkeiten sowie ausreichend qualifiziertes Personal. Vorbedingung ist die Etablierung einer Haltung in der Verwaltung, welche Dienstleistung und Ermöglichen in den Mittelpunkt des Handelns stellt.

Ziel ist eine Verwaltung, die effizient arbeitet, verständlich kommuniziert und die Bedürfnisse der Bürger*innen in den Mittelpunkt stellt. Die auch die Expertise von Bürger*innen und Gewerbetreibenden proaktiv in die Verwaltungs- und Stadtentwicklung einbezieht.

Was sich im Alltag ändert

Die Kommunalverwaltung der Zukunft ist digital, bürgerzentriert, proaktiv und lernfähig. Sie agiert vernetzt, nutzt Daten strategisch, stellt den Nutzen für die Menschen in den Mittelpunkt und versteht sich als moderner Dienstleister und Gestalter lokaler Lebensqualität.

Ihr Nutzen:

- Ihr Kontakt zum Rathaus wird digital & effizient.
- Abläufe sind durchgängig digitalisiert — für Bürger*innen, Unternehmen und Verwaltung.
- Kein Papierkrieg, sondern smarte Prozesse
- Ihre Anliegen werden zügiger, transparenter und effizienter bearbeitet.

Menschen stehen im Fokus unserer Arbeit

- Aufgaben werden von den Bürger*innen her gedacht.
- Statt überwiegend Formularen und Fristen im Fokus gibt es einfache Zugänge, klare Sprache, verbindliche Rückmeldungen — online wie offline.
- Sie als Bürger*innen sind unsere Kund*innen.

Verwaltung macht, was wirkt

- Nicht Aktivität zählt, sondern Wirkung.
- Jede Maßnahme im Haushalt wird auf ihren realen Nutzen für Potsdamer*innen geprüft — mit klaren Zielen und Indikatoren (KPIs).

- Wirkung sorgt für den richtigen Mitteleinsatz an der richtigen Stelle. So wird Geld frei und kann für das Wesentliche eingesetzt werden.

Das Rathaus arbeitet teamorientiert & vernetzt

- Raus aus dem Silo, rein in die Zusammenarbeit: Fachämter, Träger und Stadtgesellschaft arbeiten gemeinsam und finden kollaborative Lösungen.
- Lösungen werden auch mit Hilfe verschiedener Expert*innen gefunden.
- Die Verwaltung denkt voraus, lernt aus Krisen und setzt auf Innovation — von KI bis Beteiligungskultur.

Welche Hebel ich bewegen will

1. Steuerung optimieren

- Verwaltungsvorstand etablieren (alle Beigeordneten und die Oberbürgermeisterin arbeiten in einem Vorstandsmodell zusammen) — damit die vielen, komplexen Themen auf mehreren kompetenten Schultern verteilt sind.
- Zielvereinbarung mit Politik zur strategischen Schwerpunktsetzung
- Wirkungsziele festlegen — jeder Bereich arbeitet messbar am Gemeinwohl. Einführung von Wirkungscontrolling statt reiner Inputsteuerung.
- Aufbau eines zentralen Steuerungskreises für Transformation
- Haushalt als strategisches Führungsinstrument etablieren: der Haushalt als Ort, an dem politische Ziele, strategische Prioritäten und operative Maßnahmen zusammengeführt werden — transparent, nachvollziehbar und wirkungsorientiert
- Einführung einer integrierten Sozialplanung als Basis für datenbasierte Steuerung und Entscheidungen (nach dem Best Practice-Beispiel Kreis Pinneberg)

2. Prozesse neu gestalten

Prozess-Redesign ist eine grundlegende Neuausrichtung auf Wirkung, Nutzerfreundlichkeit und Digitalisierung.

- Kernprozesse optimieren: Fokus auf Prozesse, die relevant für Einwohner*innen sind und diese mit Mitteln wie der Customer Journey nutzer*innenfreundlich gestalten
- Einrichtung von Self-Service-Portalen, Chatbots oder einfachen Standardbescheiden für häufig gestellte einfache Standardanfragen
- Einführung von KPIs zur Erfolgsmessung (z. B. Bearbeitungsdauer, Fehlerquote, Zufriedenheit)

- Zentralisierte Ansprechpartner (One-Stop-Shop) für Genehmigungen, Förderungen etc. (z. B. Veranstaltungen oder Soziale Leistungen)

3. Digitalisierung und Automatisierung

- Digitalisierung konsequent umsetzen — dazu eine durchgängige Ende-zu-Ende-Digitalisierung und den Aufbau von Datenmanagement zügig vorantreiben.
- Einheitliche IT-Architektur & medienbruchfreie Prozesse weiter aufbauen
- Digitalisierung und Optimierung von Verwaltungsprozessen zusammen-denken und verbinden, um Digitalisierung schlechter analoger Prozesse zu vermeiden
- Ausbau der Nutzung digitaler Identitäten (z. B. BundID, eID)
- In der Umsetzung werden Vorgänge priorisiert, die mit wenig Aufwand viel Nutzen für die Bürger*innen bringen oder Prozesse innerhalb der Verwaltung stark beschleunigen.
- Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz und Automatisierung nutzen, etwa Einsatz von KI-Assistenten zur Fallbearbeitung oder Chatbots für die Bürgerkommunikation
- Werkzeuge für agile und vernetzte Verwaltung nutzen
- Workflow-Systeme: Automatisiertes Routing von Vorgängen durch die Organisation
- Low-Code/No-Code-Plattformen für die schnelle Entwicklung einfacher Apps durch Fachbereiche anbieten
- Mithilfe von Formaten wie Barcamps (kurzfristig geplante Konferenzen) die Expertise außerhalb des Rathauses aktiv nutzen

4. Führungskultur

- Eine Führungskultur etablieren, die Orientierung gibt, Verantwortung zulässt, Veränderung ermöglicht und Menschen entwickelt
- Erwartungen an Führungskräfte und Mitarbeitende klar und messbar artikulieren
- Dienstleistungs- und Ermöglicherkultur aktiv fördern und belohnen
- Führungskräfte gezielt stärken und ermächtigen, auch neue Wege zu gehen
- Einführung agiler Projektarbeit mit klaren Verantwortlichkeiten
- Kultur des Feedbacks, Lernens und Fehlertoleranz etablieren
- Format „Rathaus und OBM im Gespräch“: durch Gespräche mit der Basis die hier vorhandene Expertise nutzen
- Formate für Bürger*innen und Verwaltung im Dialog ausweiten

5. Strukturreformen einfordern

Die dramatische kommunale Finanzkrise fordert nachhaltige Strukturreformen: Das Defizit in den kommunalen Kernhaushalten besaß im vergangenen Jahr die nie dagewesene Rekordhöhe von fast 25 Milliarden Euro. Defizitäre Haushalte sind keine singulären Probleme einzelner Kommunen oder Folge von Misswirtschaft, sondern ein deutschlandweites, strukturelles Problem, welches Land und Bund lösen müssen.

Ursache für die weiter wachsenden Defizite der Kommunalhaushalte sind die ungebremst ansteigenden Ausgaben, vor allem durch gesetzliche Vorgaben, und die gleichzeitig deutlich zu gering wachsenden Einnahmen. Im Ergebnis werden die Kommunalhaushalte überlastet und sind strukturell unterfinanziert.

Ich schließe mich daher den Forderungen des Städtetages vollumfänglich an und werde an jeder sich bietenden Stelle die Umsetzung deutlich einfordern:

- Städte brauchen einen höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern. Bereits jetzt leisten die Kommunen deutlich mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen.
- Die Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben muss durchbrochen werden. Und dies nicht zu Lasten der Empfangenden, sondern mit konsequenter Vereinheitlichung und (digitaler) Standardisierung und einem umfänglichen Bürokratieabbau.
- Die Städte werden nicht akzeptieren, wenn ihnen von Bund und Ländern zusätzliche Aufgaben übertragen werden, die nicht ausfinanziert sind.
- Wenn Bund und Länder Steuererleichterungen auf den Weg bringen, müssen die Einnahmeausfälle der Kommunen komplett ausgeglichen werden.

Mein Anspruch:

Weniger Bürokratie. Mehr Wirkung. Für eine Stadt, die Zukunft kann.

Chancen- gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche

**— damit alle
an Bord sind**

Warum es jetzt zählt

In Potsdam lebt jedes achte Kind in Armut — Das hat Folgen. Für viele Lebensbereiche.

Chancengerechtigkeit heißt für mich gleicher Zugang zu Bildung, Betreuung, Kultur und Teilhabe — unabhängig vom Elternhaus.

Bildung ist der Schlüssel zu individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe. Doch die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen hängen in Potsdam noch immer zu stark vom Elternhaus ab. Kinder aus einkommensarmen Familien haben schlechtere Startbedingungen, niedrigere Übergangsquoten zum Gymnasium und sind überproportional häufig von Schulabbrüchen betroffen.

Fehlende Chancengerechtigkeit kostet nicht nur die betroffenen Kinder ihre Zukunft — Sie kostet auch uns als Gesellschaft Fachkräfte, Innovation und Milliarden an Folgekosten.

Wenn Menschen dauerhaft benachteiligt werden, verlieren sie das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Wer sich abgehängt fühlt, wer keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder Teilhabe hat, neigt eher dazu, den demokratischen Grundkonsens infrage zu stellen. Chancengerechtigkeit ist deshalb nicht nur eine Frage der Fairness — Sie ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine stabile Demokratie.

Eine Stadt, die Zukunft kann, investiert in ihre Kinder — nicht in die Reparatur späterer Folgen.

Was sich im Alltag ändert

Kitas und Schulen werden zu sicheren, fördernden Orten für alle Kinder. Kein Kind fällt mehr durch das Raster. Talente werden gesehen, Armut wird ausgeglichen, Bildung wird individuell begleitet. Eltern fühlen sich unterstützt, nicht überfordert. Bildung wird zur gemeinsamen Verantwortung von Stadt, Familien und Trägern.

Welche Hebel ich bewegen will

1. Strukturen im Bildungssystem kommunal optimieren

- Gebundene Ganztagschule in den belasteten Quartieren
- Implementierung hochwertigen, rhythmisierten Ganztages. Idealerweise als Modellvorhaben.
- Unterstützung der Gründung der Universitätsschule Potsdam: Bestrebungen der Uni vollumfänglich unterstützen.

- Modellversuch für „eine Schule für Alle“ nach neuesten pädagogischen Erkenntnissen
- Multiprofessionelle Teams an Schulen etablieren, z. B. flächendeckend Schulgesundheitsfachkräfte
- Nutzung perspektivisch freier Kindertagesstätten für Angebote im Sozialraum

2. Ergänzende Unterstützungsstrukturen schaffen

- Verstetigung des Büros KINDER (ar)MUT der AWO Potsdam
- Lernen im Quartier (VHS Lerncafé) — nach Wiener Vorbild gratis Lernhilfe in den Fächern Mathe, Englisch und Deutsch: In den Bürgerhäusern. Finanzierung über BuT-Modellprojekt.
- Kostenübernahmeerklärung für BuT-Leistungen: Vorfinanzierung von BuT-Leistungen, damit die Kinder zeitnah die Leistungen nutzen können.
- TUMO-Standort werden: TUMO ist ein kostenfreies Lernprogramm für 12- bis 18-Jährige, das digitale Zukunftskompetenzen fördert.
- Neues Angebot für Schulabsentismus schaffen, um Schulvermeidung zu reduzieren

3. Eltern in ihrer (Erziehungs)kompetenz stärken

- Bonusprogramm für Eltern, diese sammeln für die Teilnahme an Sportangeboten, Angeboten der Familienbildung etc. Punkte. Die Punkte können gegen gesponserte Preise eingetauscht werden. So wird früh erziehungsförderliches Verhalten gefördert.
- Niedrigschwellige Angebote in den Quartieren, wie Stadtteilfrühstücke, verstetigen
- Jobcenterprojekte zur gezielten Förderung von Alleinerziehenden

4. Übergänge stärken

- Verbesserung des Übergangs Elternhaus-Kita, Kita-Grundschule, Grundschule-Weiterführende Schule. Der Weg ist mit den abgebenden und aufnehmenden Institutionen zu erarbeiten.
- Schulplatz an der gewünschten Schulform ermöglichen
- Verbesserung des Übergangs von Schule zu Beruf

5. Angebote der öffentlichen Gesundheitsfürsorge stärken

- Kommunale Gesundheitsstrategie mit Fokus auf Prävention und Versorgungsgerechtigkeit
- Ausbau niedrigschwelliger Angebote (z. B. Stadtteilgesundheitszentren, mobile Dienste)
- Gesundheitslots*innen in belasteten Quartieren einsetzen

6. Zugänge zu Kunst und Kultur schaffen

- Kommunale Anreize für „Zahl, was du kannst“: flexible Preismodelle in Theatern, Museen oder Konzerten schaffen
- Kultur im Quartier: Mobile Kulturformate wie Straßentheater, Pop-up-Galerien oder Open-Air-Konzerte in sozial benachteiligten Stadtteilen

7. Einsatz für strukturelle Veränderungen auf der Ebene des Bundes

- Veränderte Arbeitsmarktpolitik
- Kindergrundsicherung oder ähnliche Bündelung sozialer Leistungen für Kinder
- Optimierung der Wohnungs(bau)politik
- Kinderrechte ins Grundgesetz

Mein Anspruch:

Weniger Herkunft. Mehr Zukunft. Für eine Stadt, in der jedes Kind seinen eigenen Weg gehen kann.

**Chancengerechtigkeit durch
Gleichberechtigung
und Diversity**

— damit alle
dazugehören

Warum es jetzt zählt

Potsdam ist eine vielfältige Stadt — doch die Teilhabe ist nicht für alle gleich. Frauen, queere Menschen, Menschen mit internationaler Geschichte, People of Color und andere marginalisierte Gruppen erleben Benachteiligung, Ausgrenzung oder Unsichtbarkeit — auch im Alltag der Stadt. Gleichberechtigung und Diversity bedeuten nicht nur Toleranz, sondern aktive Gestaltung von Teilhabe und Repräsentanz. Wer dazugehört, muss auch mitgestalten können.

Was sich im Alltag ändert

Verwaltungen, Kultureinrichtungen und Bildungsorte spiegeln die gesellschaftliche Vielfalt wider. Queere Menschen finden Schutzräume. Migrantische Perspektiven werden in Entscheidungen einbezogen. Die Stadt zeigt Haltung gegen Diskriminierung, nicht nur im wichtigen Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“, sondern auch im täglichen Handeln.

Wenn bei wichtigen Entscheidungen vielfältige Perspektiven mitbedacht werden, wird das Leben für alle einfacher. Dann ist im Hausflur genug Platz für den Kinderwagen; die Straßenbeleuchtung hell genug, dass auch abends noch Joggen möglich ist; Sitzungen enden zu einer Uhrzeit, dass es Eltern möglich ist, danach ihre Kinder ins Bett zu bringen.

Wenn Frauen und andere marginalisierte Geschlechter sich gesehen und gehört fühlen, ihre Sicht der Dinge einbringen können, werden die Gemeinschaft und die Demokratie gestärkt. Eine Stadt, die für alle funktionieren soll, muss auch von allen mitgestaltet werden.

Welche Hebel ich bewegen will

- Stärkung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt mit ausreichend Personal und Budget
- Das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt ist die zentrale Instanz der Landeshauptstadt Potsdam, die sich für gleiche Zugangs- und Lebenschancen aller Bürger*innen einsetzt und aktiv gegen Diskriminierung vorgeht. Es koordiniert Gleichstellung, Integration, Inklusion und Jugendbeteiligung.
- Beteiligung von Migrant*innen ausbauen
- Antidiskriminierungsstellen stärken und barrierefrei erreichbar machen
- Vielfaltsgerechte Sprache, Räume und Personalgewinnung
- Paritätische Besetzung von Führungspositionen in Verwaltung und kommunalen Unternehmen

- Stärkung der zivilgesellschaftlichen Projekte, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, wie bspw. Autonomes Frauenzentrum und Mädchen*treff Zimticken
- Sichtbarkeit von LSBTIQ* durch queere Infrastruktur und Kommunikation. Queere Treffpunkte und Safe Spaces in der Stadt müssen erhalten, ausgebaut und dauerhaft finanziell untersetzt werden. Das 2024 erstmals durchgeführte Queerbudget soll weitergeführt werden.

Mein Anspruch:

Weniger Vorurteile. Mehr Miteinander. Für ein Potsdam, das Vielfalt als Chance begreift.

Chancen- gerechtigkeit durch Inklusion

**– damit aus
Hindernissen
Möglichkeiten
werden**

Warum es jetzt zählt

Menschen mit Behinderung stoßen noch immer auf Barrieren — physisch, digital, mental. Trotz Inklusionsverpflichtung erleben Viele Ausgrenzung am Arbeitsmarkt, im Wohnraum oder bei Freizeitangeboten. Dabei ist eine inklusive Stadt für alle besser: gerechter, zugänglicher, solidarischer.

In Schulen und Kitas mangelt es an Lehrkräften, Betreuer*innen und Förderkräften für Kinder mit besonderen Betreuungsbedarfen sowie für Kinder mit Migrationshintergründen, die nicht oder nur bruchstückhaft die deutsche Sprache beherrschen.

Die Teilhabe tausender Potsdamer*innen am gesellschaftlichen Leben wird unnötig dadurch erschwert, dass öffentliche Räume, Gebäude und Verkehrsmittel nicht barrierefrei zugänglich sind. Verwaltungsabläufe und Ämter sind häufig nicht auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen oder mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf eingestellt.

In Potsdam werden Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf leider häufig entmündigt und in Betreuungssituationen gedrängt, die weder dem Wunsch noch den Möglichkeiten der Betroffenen entsprechen, da u. a. Mittel des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen zu gering bewilligt werden.

Was sich im Alltag ändert

Ob Schule, Rathaus oder Konzert: Menschen mit Behinderung können sich gleichberechtigt beteiligen. Unterstützungsangebote sind vorhanden, die Stadt denkt Barrierefreiheit von Anfang an mit. Inklusion ist kein Sonderweg, sondern selbstverständlicher Standard.

Die Stadt Potsdam ist zwar nicht für die Lehrinhalte an den städtischen Schulen zuständig, kann aber als Schulträger für die Bereitstellung großzügiger und geeigneter Räumlichkeiten sorgen. Diese entscheiden oft über die Durchführung pädagogischer Angebote oder über die Teilhabechancen von Kindern mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf.

Die Einzelmaßnahmen des beschlossenen Teilhabeplanes sollen zügig umgesetzt werden. Entsprechende Mittel sind im Haushalt dafür einzustellen.

Welche Hebel ich bewegen will

- Barrierefreiheit in öffentlicher Infrastruktur verbindlich umsetzen
- Digitale Teilhabe sicherstellen (barrierefreie Websites, Verwaltungszugänge)
- Unterstütztes Wohnen und inklusive Arbeitsmodelle fördern

- Beteiligung von Menschen mit Behinderung institutionalisieren
- Inklusionsziele in allen kommunalen Förderprogrammen verankern
- Menschen mit Behinderung in der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen beschäftigen
- Vernünftige Kompromisse zwischen Denkmalschutz und Mobilität (bspw. bezüglich Kopfsteinpflaster und Straßenquerungen für Rollstuhlfahrer*innen)
- Stärkere Unterstützung selbstbestimmter Wohnformen für Senior*innen

Mein Anspruch:

Weniger Ausgrenzung, mehr Teilhabe für Alle

Bezahlbarer Wohnraum

— damit Potsdam
Zuhause bleibt

Warum es jetzt zählt

Potsdam ist eine lebenswerte Stadt — aber sie wird für viele unbezahlbar. Familien finden keine passende Wohnung, junge Menschen ziehen weg, weil sie sich das Leben hier nicht mehr leisten können. Alleinerziehende, Pflegekräfte, Rentner*innen — sie alle erleben: Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum ist zur Dauerkrise geworden. Bezahlbarer Wohnraum ist aber eine wesentliche Bedingung für „gutes Leben“. Wohnen ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und sollte Grundrecht sein.

Die Wohnsituation in Potsdam ist durch eine Kombination aus sinkendem Angebot an Sozialwohnungen, geringem Leerstand und rückläufigem Wohnungsbau geprägt. Sowohl einkommensschwache Haushalte als auch der Mittelstand stehen vor erheblichen Herausforderungen bei der Wohnungssuche.

Was sich im Alltag ändert

Die Reduktion bürokratischer Hürden kann Bau- und Sanierungsprozesse beschleunigen. Wenn alle kommunalen Spielräume genutzt werden, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen, kann Gentrifizierung und Verdrängung Einhalt geboten werden.

Bezahlbare Mieten verhindern finanzielle Überforderung, sichern Lebensqualität und stärken stabile Nachbarschaften. Ziel muss es sein, für alle Menschen — unabhängig von Einkommen oder Herkunft — ein sicheres und lebenswertes Zuhause zu ermöglichen. Wir brauchen in Potsdam insbesondere Wohnungen für Haushalte mit niedrigen oder mittleren Einkommen.

Welche Hebel ich bewegen will

1. Bauen und Sanieren beschleunigen

- Kultur des Ermöglichs in der Verwaltung befördern, digitalisierte Prozesse ausbauen
- Konsequente Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes mit Schaffung einer Beratungsstelle für gemeinwohlorientiertes Bauen
- Möglichkeiten des Bauturbos im Rahmen des ökologischen Stadtumbaus und zielgerichtet für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nutzen
- Verbindlichkeit mit Kommunalpolitik schaffen zur Beschleunigung der politischen Beratung
- Regelmäßiger Austausch mit Wohnungsanbietern, um Baubeginne und Fertigstellungen zu beschleunigen (Bauüberhänge)
- „One-Stop-Agency“ für individuelle Mietbelastungsprüfung (eine Anlaufstelle für alle damit zusammenhängenden Anliegen)

2. Schutz von Bestandsmieten/-mieter*innen

- Milieuschutzsatzung, Vorkaufsrecht, Umwandlungsverbot überall dort implementieren, wo es möglich ist

3. Fördermittel offensiv einsetzen

- Landes- und Bundesprogramme für nachhaltige Stadtentwicklung und sozialen Wohnungsbau aktiv nutzen (z. B. Landeswohnungsbauförderung, klimafreundlicher Neubau, seriell Bauen)
- Werbung um Erhöhung der Landeswohnungsbauförderung für mehr Wohnungsneubau, sozialverträgliche Modernisierung, Verlängerung und Erhöhung der Mietpreis- und Belegungsbindungen (Potsdamer Modell, geförderter Ankauf von Belegungsrechten) und Wohnflächenbonus (Umzugshilfen wie in Baden-Württemberg)
- Neue Wohngemeinnützigkeit mit Bundesförderung prüfen (Pilotprojekt wagen, z. B. Stiftungen)

4. ProPotsdam stärken

- Stabilisierung und Erhöhung des Eigenkapitals der ProPotsdam
- Verzicht auf Gewinnausschüttungen, um den sozialen Wohnungsbau und sozialverträgliche Mieten zu sichern
- Konzentrierung der ProPotsdam auf ihre Kernaufgaben
- Bei Ausstattung oder Energiestandard dort reduzieren, wo sie nicht förderfähig und wirtschaftlich tragbar sind — ohne soziale oder ökologische Mindeststandards zu gefährden
- Prüfung der Möglichkeiten zum Einsatz eigenkapitalersetzender Finanzierungsinstrumente (Kommunalebürgschaften)
- Kein Verkauf aus dem Bestand — wenn dann nur Erbbaupacht und anhand sozialer Aspekte/Konzeptvergabe

5. Stärkung der sozialen Wohnungswirtschaft

- Die Wohnungsbaugenossenschaften sind wichtige Akteure auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt. Ich unterstütze deren Engagement zur Schaffung und Erhaltung von gemeinwohlorientierten Wohnungsangeboten, wie z. B. im Bergviertel Krampnitz.
- Gemeinwohlorientierte Wohnprojekte fördern u. a. durch städtische Beratung, wie im Wohnungspolitischen Konzept vorgesehen
- Sozialwohnungen gezielt auch in unterversorgten Stadtteilen schaffen
- Sozialbindung von Sozialwohnungen nicht nur für wenige Jahre, sondern langfristig sichern

6. Nachhaltigkeit durch bessere Nutzung von Wohnflächen (Wohnsuffizienz fördern)

- Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen und Co-Housing aktiv fördern über Zuschüsse, Flächenangebote, Konzeptvergaben
- „Wohnen im Bestand“ stärken: Umnutzung leerstehender Gewerbe- und Büroflächen, Dachausbau, Anbau
- Umzüge von zu großen in kleinere Wohnungen unterstützen, damit große Wohnungen wieder für Familien mit Kindern bereitgestellt werden können („Kinderzimmer für Kinder, denn Kinder wachsen — Wohnungen nicht“)
- Digitale Tauschbörse in Potsdam einführen (wie in Berlin), Senior*innen bei Umzug begleiten (Bundesförderung für abrechenbare Leistungen von gemeinnützigen Trägern über den Deutschen Städtetag und Sozialverbände einwerben)

7. Senkung des Betriebskostenanstiegs (Zweite Miete)

- Zügige Umsetzung der Wärmewende, denn Förderung senkt Heizkosten dauerhaft
- Kostentransparenz bei der Gebührenkalkulation (Fernwärme, Trinkwasser, Schmutzwasser, Straßenreinigung, Müllentsorgung)
- Überprüfung der Hebesätze der Grundsteuer zur Vermeidung indirekter Mieterhöhungen

8. Mietwohnungsbau in zentralen Lagen der Stadt ermöglichen

- Mischnutzungskonzepte fördern (Wohnen über Gewerbe, urbane Quartiere)
- Höhenbegrenzungen überdenken, wo städtebaulich vertretbar
- Weitere Flexibilisierung der Stellplatzsatzung, um innerstädtisches Bauen wirtschaftlicher zu machen
- Grundsätzliche Verständigung mit Politik auf innerstädtische Bebauungspotentiale, um vorhandene Infrastruktur zu nutzen
- Soziale Durchmischung und gemeinschaftliches Wohnen in der Innenstadt sichern, Zweckentfremdung verbieten und stärker kontrollieren (u. a. Ferienwohnungen)

9. Bauflächen aktivieren

- Potenzialflächen identifizieren und nutzen: Vorrang für Nachverdichtung, Baulückenschließung, Aufstockung und Umnutzung im Bestand — möglichst Neubau ohne zusätzliche Flächenversiegelung
- Flächenmanagement stärken, inkl. Vorkaufsrechte der Stadt (nutzen, finanziell und organisatorisch umsetzen)

- Beschleunigung des Ausbaus von Krampnitz als neuen Potsdamer Stadtteil mit klarer sozialer und ökologischer Ausrichtung

10. Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen und Versorgungslage für Wohnungslose verbessern

- Förderung von mehr oder leichter auffindbaren Angeboten für Straßenobdachlose (inkl. Gesundheitsschutz)
- Prüfung der Möglichkeit der Einrichtung einer Bahnhofsmission
- Verbesserung der Schnittstellen der Wohnungslosenhilfe zu den Angeboten der sozialen Wohnungswirtschaft, um Übergänge zu erleichtern
- Prüfung und Optimierung kommunaler Verwaltungsverfahren, damit Wohnungslosigkeit vermieden statt verwaltet wird

Mein Anspruch:

Weniger Miete. Mehr Leben. Für eine Stadt, in der sich alle ein Zuhause leisten können.

Ökologischer Stadtumbau

– damit

Nachhaltigkeit

zum neuen

Normal wird

Warum es jetzt zählt

Potsdam ist mit seinem reichen Stadtgrün, den Seen und der beeindruckenden Park- und Kulturlandschaft eine besonders lebenswerte Stadt mit vielfältiger Stadtnatur. Gleichzeitig ist Potsdam stark gewachsen – und mit dem Wachstum ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum und einer leistungsfähigen Infrastruktur, von Schulen über Sportanlagen bis hin zu gut angebundenen neuen Stadtteilen gestiegen.

In dieser gewachsenen Stadt stellt der Erhalt der Stadtnatur eine besondere Herausforderung dar. Der zunehmende Siedlungsdruck wirkt sich sowohl auf den Verkehr als auch auf Grünflächen aus. Es gilt, die infrastrukturellen Anforderungen des Wachstums mit dem Ziel zu vereinen, ein grünes, lebenswertes und naturnahes Potsdam zu bewahren.

Hinzu kommt der Klimawandel, der insbesondere den städtischen Baumbestand bedroht und die Aufheizung versiegelter, wenig begrünter und verschatteter Bereiche (und damit die Hitzebelastung für die Menschen dort) weiter verstärkt. Damit Potsdam auch in Zukunft lebenswert bleibt, müssen wir uns aktiv an die Folgen des Klimawandels anpassen. Gleichzeitig sind wir als Stadt gefordert, unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das bedeutet, den zügigen Umstieg auf eine nachhaltige, klimaneutrale Wärmeversorgung voranzutreiben und den Einstieg in eine fossilfreie Stromversorgung einzuleiten.

Dabei ist klar: Trotz langfristiger sozialer und ökonomischer Vorteile der Energie- und Wärmewende müssen die notwendigen Investitionen in den nächsten Jahren sozialverträglich gestaltet werden. Dafür muss die Stadt in enger Zusammenarbeit mit kommunalen Unternehmen und unter Einbindung der Stadtgesellschaft auf Augenhöhe gemeinsam Sorge tragen. Die die Hauptlast der Energiewende tragenden Ortsteile im ländlichen Potsdamer Norden müssen nicht nur in den Planungen beteiligt werden, sondern auch finanziell substanziell von der Energiewende profitieren.

Was sich im Alltag ändert

Stadtgrün erhalten und wo notwendig ergänzen

Bei der Stadtplanung muss konsequent darauf geachtet werden, dass ausreichende Flächen für Stadtgrün vorhanden sind.

Versickerungsmöglichkeiten für die Niederschläge sind grundlegend, um Grundwasserspeicher aufzufüllen und das Wasser für die Bäume und Pflanzen im Viertel zu halten. Hitzeinseln in Potsdam müssen so umgebaut bzw. intelligent angepasst werden, dass sie immer weniger werden.

Transformation der Energie- und Wärmeversorgung steuern

Potsdam hat mit der Entscheidung für die Unterstützung der Energie- und Wärmeprojekte des Städtischen Energieversorgers EWP einen entscheidenden Schritt gemacht, um die CO²-Emissionen zu reduzieren. Da gleichzeitig die Zahlung der CO²-Preise entfällt, können damit langfristig bezahlbare Energie- und Wärmepreise gesichert werden. Wichtig ist bei diesem Prozess aber auch, dass auch diejenigen davon direkt profitieren, in deren Umfeld etwa PV-Anlagen und Windräder entstehen. Wichtig ist dafür, dass die Umlagen aus dem Wind- und Solareuro direkt in die Ortsteilkassen fließen.

Jede*r soll in der Lage sein, Wege selbstständig zurückzulegen

Das gilt für jedes Alter, bei jedem Einkommen und zu jeder Tages- und Nachtzeit. Nicht jede*r kann und will dazu ein Auto nutzen. Daher sind ein konsequenter Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und eine gute Fußwege- und Fahrradinfrastruktur das A und O. Besonders gilt das für die Anbindung neuer Stadtteile. Gleichzeitig ist klar, dass manche Personen nur mit dem Auto mobil sein können. Für diese Personengruppen muss es vernünftige Abstellmöglichkeiten am Zielort geben. Lieferverkehre, Handwerk, Pflegedienste, Arztpraxen etc. sind dabei gesondert zu berücksichtigen.

Kinder sollen ihre Schulwege sicher alleine bewältigen können. Das stärkt ihre Selbstständigkeit und ihr Selbstbewusstsein. Aber dafür müssen die verkehrlichen Voraussetzungen stimmen. Gleichzeitig werden Wohngebiete damit von Autoverkehren entlastet.

Welche Hebel ich bewegen will

1. Mobilität für Alle

- Angebot für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen weiter stärken und im Haushalt besonders berücksichtigen
- Konsequente Umsetzung des in Überarbeitung befindlichen Radverkehrskonzeptes
- Schulwegsicherheit weiter optimieren
- ÖPNV stärken (mehr Fahrzeuge, mehr Personal, bedarfsgerechte Taktung)

2. Konstruktiv die autoarme Innenstadt gestalten

- Weg zur autoarmen Innenstadt unter enger Einbindung von ansässigen Gewerbetreibenden weiter beschreiten und gute Beispiele auf andere Stadtteile übertragen

3. Investitionen in Stadtgrün und Entsiegelung forcieren und finanziell ermöglichen

- Dynamisierung der Mittel im Haushalt zum Erhalt des Stadtgrüns
- Entsiegelung von Flächen (Parkplätze, Schulhöfe) zur Förderung der Regenwasserversickerung

4. Wärmewende vorantreiben

- Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den städtischen Unternehmen, die die Energie- und Wärmeversorgung sowie den Öffentlichen Nahverkehr gewährleisten
- Solarpflicht für Neubauten & öffentliche Dächer (wie in z. B. Tübingen, Waiblingen oder Berlin für Neubauten)
- Bürgerenergieprojekte unterstützen: z. B. Energiegenossenschaften auf städtischem Grund
- Effizienz-Offensive bei städtischen Gebäuden: LED, Wärmepumpen, Dämmung
- Förderung von Stecker-Solargeräten (Balkon-PV) durch städtische Zuschüsse
- Bewusstsein und Beteiligung fördern: Einbindung von Bürger*innen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Planungs- und Umsetzungsprozesse. Vermittlung von Wissen durch VHS; Marketing und Anreizsysteme
- Kommunale Vorbildfunktion stärken: öffentliche Gebäude, Beschaffung, Verkehr, Ernährung klimafreundlich gestalten — als Orientierung für Bürger*innen und Wirtschaft

Mein Anspruch:

Weniger Belastung. Mehr Lebensqualität. Für eine Stadt, die Klima kann.

Zukunftsfähige Wirtschaft

— damit Ideen
Unternehmen
werden

Warum es jetzt zählt

Potsdam ist eine dynamische Dienstleistungsstadt mit hoher Lebensqualität. Doch der zunehmende Wettbewerb um Fachkräfte, Investitionen und Innovationen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg macht es notwendig, dass Potsdam seine besonderen Stärken jetzt klar ausspielt.

Unsere starke Forschungslandschaft aus Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen, unsere Cluster und das Gründerökosystem bieten eine Basis, die wir kontinuierlich strategisch als ein Ökosystem entwickeln müssen. Gleichzeitig muss unsere schöne Innenstadt mit vielfältigen Gewerbetreibenden, Handwerksbetrieben und ansprecher Gastronomie weiterentwickelt und unterstützt werden. Nur so können wir Wachstum nachhaltig gestalten und den Wohlstand in unserer Stadt sichern. Die Herausforderung liegt darin, zukunftsfähige Wirtschaft bei der Ansiedlung und Gründung zu unterstützen und gleichzeitig mit großer Sensibilität und Beteiligungsverfahren die ansässigen Gewerbetreibenden mitzunehmen.

Was sich im Alltag ändert

(Potentielle) Gewerbetreibende und Unternehmer*innen finden ein Klima der Ermöglichung vor. Sie wenden sich an eine starke und kompetente Wirtschaftsförderung und werden in ihren Belangen unterstützt. Die Verwaltung sucht gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren der Wirtschaft nach Wegen zur Verwirklichung des Anliegens. Durch digitale und vereinfachte Verwaltungsprozesse werden Gründungen und Genehmigungen beschleunigt — für eine zukunftsfähige Stadt, die junge Talente ausbildet und hält.

Eine lebenswerte Innenstadt wird gemeinsam mit den Gewerbetreibenden weiterentwickelt. Ihre Expertise wird proaktiv einbezogen. Das Ziel einer attraktiven, autoarmen, begrünten und urbanen Innenstadt berücksichtigt die unterschiedlichen Belange. Veränderungen werden proaktiv kommuniziert.

Die Innenstadt (der gesamte Bereich von Filmmuseum und Altem Markt bis zum Nauener Tor, vom Brandenburger Tor bis zum Rechenzentrum) ist sowohl für Potsdamer*innen als auch für Tourist*innen ein attraktiver Anziehungspunkt.

Gewerbeflächen werden ausgewiesen und ganzheitlich mit ÖPNV-Anschluss entwickelt. Sie berücksichtigen erreichbare Wohnmöglichkeiten.

Mehr Fachkräfte und Vielfalt: Über ein starkes Willkommenscenter, bessere Integration und berufsbegleitende Qualifizierung wird der Arbeitsmarkt breiter aufgestellt — besonders das Handwerk profitiert.

Welche Hebel ich bewegen will

1. Ermöglicher-Mindset in der Verwaltung

- Die Verwaltung erkennt, dass Wirtschaft nicht „der andere Sektor“ ist, sondern Teil des kommunalen Gemeinwesens. Ein echtes Partnerschaftsverständnis zeigt sich durch Dialogbereitschaft, Beteiligung und gegenseitiges Vertrauen. Effizienz, Transparenz und Verlässlichkeit sind zentrale Anforderungen der Wirtschaft — und auch Qualitätsmerkmale moderner Verwaltung. Diese Haltung wird im Verwaltungsvorstand etabliert.
- Die Wirtschaftsförderung ist ein One Stop-Shop für alle Fragen der Gewerbetreibenden und Wirtschaftsakteure. Hier werden lösungsorientiert Klärungen herbeigeführt.
- PMSG (Potsdam Marketing und Service GmbH) an die Wirtschaftsförderung anbinden

2. Standortpolitik für Zukunftsbranchen

- Die Potenziale von Potsdam im Herzen der Metropolregion Berlin-Brandenburg werden stärker genutzt. Gründerzentren und Start-ups werden gestärkt. Nachhaltige und zukunftsorientierte Unternehmen werden gezielt gefördert und angesiedelt.

3. Ansässiges Handwerk und Gewerbe einbinden und unterstützen

- Die Bedarfe der Gewerbetreibenden und Handwerksbetriebe in Potsdam werden in den Stadtentwicklungsprozessen berücksichtigt — besonders im Prozess „Innenstadträume neu denken“.
- Regelmäßige „Zukunftsdialoge“ zwischen der Stadt mit IHK, HWK, Start-ups, Gewerkschaften und Wissenschaft sichern den Austausch und helfen, bedarfsgerechte Strategien für Potsdam zu entwickeln.

4. Filmwirtschaft als USP stärker herausarbeiten

- Den Titel „UNESCO City of Film“ mit Leben füllen. Zielgerichtetes Marketing zur europäischen Vermarktung, auch durch Fördermittel auf EU-Ebene

5. Faire Chancen für lokale KMU

- Öffentliche Vergabeverfahren werden stärker flexibilisiert und berücksichtigen neben den Kosten auch soziale, lokale und ökologische Kriterien.
- Bei der Vergabe von Großaufträgen sollten Großunternehmen immer auch lokale KMUs als Subunternehmer einbeziehen, um die regionale Wertschöpfung zu fördern.

6. Standortmarketing weiterentwickeln

- Optimierung des Stadtmarketing — die Stadt als Marke. Die Stadtmarke ist ein strategisches Instrument im Standortwettbewerb. Sie vereint die Vielfalt der Stadt, stärkt Identifikation und Zusammenhalt — und fördert so Stadtkultur und Integrationskraft.
- Innenstadt attraktiv und lebendig gestalten: Um die Innenstadt als Ort zum Verweilen, Einkaufen und Begegnen — für Einheimische ebenso wie für Gäste — zu stärken, braucht es eine gezielte Weiterentwicklung des Standortmarketings, eine schrittweise Umgestaltung hin zu einer autoarmen, klimaangepassten Innenstadt sowie eine stärkere Einbindung der Gewerbetreibenden bei städtischen Planungen. Dieser Prozess soll durch eine*n Innenstadtmanager*in koordiniert werden.
- Enge Begleitung und Evaluierung der Neuausrichtung des innerstädtischen Weihnachtsmarktes unter Beteiligung aller relevanten Akteure.

7. Kommunale Verantwortung ernst nehmen

- Kommunale Unternehmen wie Stadtwerke, ProPotsdam oder Ernst von Bergmann Klinikum werden an Nachhaltigkeitskriterien, Klimazielen, Tarifstandards und sozialen Aufgaben ausgerichtet. Die Wärme- und Energiewende wird mit den kommunalen Akteuren konsequent unterstützt.

8. Arbeits- und Fachkräfte gewinnen und halten

- Das Willkommenscenter wird als Serviceagentur ausgebaut, um bei der Anwerbung und Integration internationaler Fachkräfte zu unterstützen.
- Insbesondere das Handwerk und der Mittelstand werden bei Ausbildung und Nachqualifizierung von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie bedarfsgerechten, berufsbegleitenden Sprachlernangeboten unterstützt.
- Das Modellprojekt „Spurwechsel“ wird fortgeführt und entsprechend den Erkenntnissen aus der Evaluation weiterentwickelt.

9. Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen für eine integrierte Arbeitsmarktreion

- Gemeinsame Gewerbegebiete und gemeinsame Cluster entwickeln, überkommunale Fördermittel nutzen, branchenrelevante Kompetenzen und Standortvorteile besser kommunizieren

10. Tourismus (stärker) als Wirtschaftsfaktor begreifen

- (Nachhaltiger) Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der eine Vielzahl von direkten und indirekten wirtschaftlichen Vorteilen bietet: Durch

den Tourismus werden Arbeitsplätze geschaffen, sowohl in der Tourismusbranche selbst als auch in verwandten Branchen wie Gastronomie, Einzelhandel und Transportwesen.

- Dazu braucht es zielgruppenspezifische und proaktive Marketingkampagnen. Digitale Angebote müssen weiter ausgebaut werden: Eine moderne, benutzerfreundliche Website mit virtuellen Rundgängen, Online-Tickets und aktuellen Veranstaltungstipps erleichtert die Planung für Tourist*innen.
- Die Kooperation mit lokalen Akteuren wird verstärkt: Zusammenarbeit mit Hotels, Restaurants, Kultureinrichtungen und Touranbietern. Zudem wird die Besucherlenkung und -information optimiert (u. a. Informationszentren, Beschilderung und Apps)

Mein Anspruch:

Weniger Hürden. Mehr Möglichkeiten. Für eine Stadt, die Wirtschaft willkommen heißt.

**Wissenschaft
stärken**

— damit Wissen
Wirkung zeigt

Warum es jetzt zählt

Potsdam hat das Potenzial, sich zu einem der führenden Wissenschafts- und Innovationsstandorte Deutschlands zu entwickeln — mit internationaler Strahlkraft. Bereits heute prägen über 40 Forschungseinrichtungen sowie drei staatliche und zehn private Hochschulen das Bild der Stadt. Rund 26.000 Studierende, darunter viele internationale Talente, und eine wachsende Zahl von Wissenschaftler*innen bereichern Potsdam akademisch, wirtschaftlich und kulturell.

Doch Potsdam als Wissenschaftsstadt ist weit mehr als ein Titel — es ist eine strategische Zukunftschance: für gesellschaftlichen Fortschritt, hohe Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke. Wissenschaft und Forschung sind längst zu einem zentralen Motor der Stadtentwicklung geworden.

Mit dem Campus in Golm samt Potsdam Science Park, den traditionsreichen Forschungseinrichtungen auf dem Telegrafenberg, dem wachsenden IT-Campus rund um das HPI in Griebnitzsee und dem künftigen vierten Universitätscampus auf dem Brauhausberg wächst eine wissenschaftliche Landschaft heran, die deutschlandweit einzigartig ist. Zusammen mit dem Medienstandort Babelsberg, der Innovationskraft lokaler Start-ups und einer breiten Bildungslandschaft entsteht ein urbanes Ökosystem, in dem Wissen, Unternehmertum und Gesellschaft auf engem Raum zusammenwirken — sichtbar, vernetzt und zukunftsorientiert.

Nicht zuletzt bietet Potsdams Lage in der dynamisch wachsenden Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg besondere Chancen: In direkter Nachbarschaft zur internationalen Wissenschafts-, Startup- und Technologieszene Berlins kann Potsdam seine Potenziale künftig noch besser entfalten — durch gezielte Vernetzung, gemeinsame Projekte und eine abgestimmte Standort- und Infrastrukturpolitik.

Dieses Profil ist eine Stärke — Jetzt gilt es, mit politischem Gestaltungswillen die kommunalen Handlungsspielräume zu nutzen, um Wissenschaft, Forschung und Innovation als Potsdamer Markenkern weiter strategisch zu stärken und die besonderen Potenziale der Metropolregion gezielt zu heben.

Was sich im Alltag ändert

Potsdam hebt sein Potenzial als exzellenter Wissenschaftsstandort: Der Potsdam Science Park in Golm wird gezielt weiterentwickelt — als Keimzelle für Innovation, hochwertige Arbeitsplätze und technologieorientierte Unternehmensgründungen.

Mit dem geplanten vierten Universitätscampus auf dem Brauhausberg kann ein hochmoderner Wissenschaftsstandort entstehen, der neue Formen des wissenschaftlichen Arbeitens, der Wissensvermittlung und des studentischen Wohnens ermöglicht. Wichtig ist, die geplante enge Einbindung von Stadtverwaltung und

Kommunalpolitik kontinuierlich zu realisieren. Dabei muss besonders auf die Schaffung bedarfsgerechter studentischer Infrastruktur geachtet werden.

Gemeinsam mit dem Medienstandort Babelsberg bildet sich so ein dynamisches Ökosystem für Forschung, Gründung und wissensbasierte Wirtschaft. Potsdam behauptet sich in der Metropolregion Berlin-Brandenburg als gefragter Gründungsstandort, insbesondere für technologieorientierte und wissensbasierte Unternehmen. Neue Jobs und lebendige urbane Quartiere entstehen — nicht isoliert, sondern eingebunden in die Stadtstruktur.

Bürger*innen profitieren unmittelbar: durch mehr berufliche Perspektiven, kurze Wege zu einer wachsenden und vielfältigen Bildungs- und Innovationslandschaft sowie ein vielfältigeres kulturelles Leben.

Die Wissenschaftskommunikation in die breite Öffentlichkeit und die Vernetzung zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, der Wirtschaft und der Stadtgesellschaft wird weiter gestärkt.

Potsdam zeigt: Innovation entsteht dort, wo wissenschaftliche Exzellenz auf gesellschaftliche Offenheit und städtisches Engagement trifft.

Welche Hebel ich dafür bewegen will

Um Potsdams Zukunft als Wissenschaftsstadt aktiv zu gestalten, werde ich folgende Hebel in Bewegung setzen:

- **Wissenschaftsstandort Brauhausberg mitgestalten:** In enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung, Hochschulen und den regionalen Wirtschaftsklustern soll hier ein Leuchtturm für Forschung, Bildung, studentisches Wohnen und Innovation entstehen — im Zentrum der Stadt, offen für alle. Denkmal-, Klima-, und Hitzeschutz werden mit einem modernen Wissenschaftsstandort zusammengebracht. In diese Entwicklung bringt sich die Stadt umfassend ein.
- **Standortpolitik für Zukunftsbranchen stärken:** Die Stadtentwicklung wird stärker auf wissensbasierte, technologieorientierte Unternehmen und Gründer*innen ausgerichtet. Der Ausbau des Potsdam Science Park in Golm wird durch gute infrastrukturelle Rahmenbedingungen, von der Verkehrsanbindung bis zu Wohnangeboten, begleitet. Dazu wird auch mit den Nachbarkommunen enger zusammengearbeitet.
- **Talente gewinnen und binden:** Mit einem starken Welcome Center, gezielter Wohnraumstrategie und einem weltoffenen Potsdam sorgt die Stadt dafür, dass internationale Forschende und Studierende nicht nur hierherkommen, sondern bleiben — und Potsdam mitgestalten.

- Forschung und Stadtgesellschaft zusammenbringen: Die Stadt unterstützt den Bereich Wissenschaftskommunikation und die aktive Vernetzung zwischen der Potsdamer Wissenschaft, der Wirtschaft und der Stadtgesellschaft weiterhin mit Räumen und anderen Ressourcen.

Mein Anspruch:

Mehr Forschung. Mehr Fortschritt. Für ein Potsdam, das mit Wissenschaft Zukunft gestaltet.

Kunst und Kultur

— damit Potsdam
Freiraum für
Kreativität, Vielfalt
und Miteinander
bleibt

Warum es jetzt zählt

Kunst und Kultur dienen nicht nur der Unterhaltung, sie sind elementar für den sozialen Zusammenhalt, für Demokratie und für das gute Leben in der Stadt. Sie stiften Sinn, ermöglichen neue Perspektiven, fördern Empathie — und laden ein zum Mitmachen.

In Potsdam trägt die kulturelle Vielfalt wesentlich zur Lebensqualität bei. Ob im T-Werk, im Hans Otto Theater, im Lindenpark oder im sans titre — Es entstehen innovative Produktionen, neue Diskurse und verbindende Erlebnisse. Gleichzeitig geraten viele Einrichtungen und Akteur*innen unter Druck: steigende Kosten, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, fehlende Planungssicherheit.

Wenn Potsdam auch künftig ein Ort der kulturellen Inspiration und sozialen Teilhabe sein soll, braucht es eine Kulturpolitik, die das Angebot verstetigt, Anreize für Innovation setzt sowie Zugang und Freiraum schafft.

Was sich im Alltag ändert

Kreative Räume sind gesichert, auch in den Stadtteilen. Kultur wird dort erfahrbar, wo Menschen leben: in Schulen, Parks, Jugendclubs, auf Plätzen. Junge Talente, queere Kunst, Stadtteilkultur und Erinnerungskultur bekommen Raum — auch finanziell.

Kulturakteur*innen können fair arbeiten statt sich nur durchzuschlagen. Teilhabe wird möglich — auch für Menschen mit Behinderung, mit wenig Geld oder ohne akademischen Zugang.

Welche Hebel ich bewegen will

1. Kulturelle Teilhabe ausweiten

- Ausbau mobiler Formate und Pop-up-Kultur auf Plätzen und in Stadtteilen
- Unterstützung von Veranstaltungen wie „Kultur für JEDE*N“ und Stadtteil-Kunstoffestivals
- Prüfung der Einführung eines „Potsdamer Kulturpasses“ für Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringen Einkommen — orientiert am Modell in Hannover oder Wien

2. Räume für Kultur sichern und schaffen

- Langfristige Absicherung bestehender Orte wie Rechenzentrum, freiLand und Schiffbauergasse

- Zwischennutzungen leerstehender Gebäude z. B. im RAW-Gelände oder in Golm
- Konzeptvergaben städtischer Immobilien mit Kulturbindung
- Nutzung von Räumen in Schulen, VHS oder Bürgerhäusern außerhalb der Regelzeiten.

3. Freie Szene stärken

- Ausbau des Projektmittelprogramms der Stadt Potsdam — mit mehrjähriger Förderung als Option
- Freie Träger erhalten mehr Planungssicherheit durch mehrjährige Förderverträge, inkl. fairer Tarifierungen
- Auffindbarkeit von Kulturangeboten über eine gemeinsame Vermarktung, Logo und App sichern (dadurch auch Gewinnung neuer Zielgruppen)

4. Kulturelle Bildung stärken

- Kooperationen von Musik- und Kunstschulen mit Kitas und Schulen verstärken
- Kinderbibliothek und Volkshochschule werden in der Stadtmitte ausgebaut — als Bildungsanker für alle Generationen

5. Erinnerungskultur & Vielfalt gestalten

- Förderung niedrigschwelliger, generationsübergreifender Projekte zur NS-Aufarbeitung und zur Transformation nach 1945 (z. B. mit der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße und Erinnerungswerkstätten im Kiez)
- Förderung von Projekten im Segment Kolonialgeschichte
- Unterstützung queerer Kulturveranstaltungen und von migrantisch geprägten Kulturangeboten (z. B. Empowerment-Kulturabende, Black History Month Potsdam)
- Weiterentwicklung des Denkmals für Demokratie auf dem Luisenplatz — digital und vor Ort

6. Kultur- und Kreativwirtschaft fördern

- Verstärkung Rechenzentrum
- Förderung von Anmietungen geeigneter Flächen oder Atelierförderung mittels Stipendien, sofern haushalterische Spielräume
- Vernetzung mit Medienstadt Babelsberg und Filmwirtschaft stärken
- Beratung und Mikrofonds für kreative Solo-Selbstständige (Design, Musik, Medien, Games) etablieren

7. Kultur als ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal herausheben

- Wirkungsorientierte Kulturförderung etablieren, damit Kultur nicht mehr „nice to have“, sondern „must have“ ist
- Verzahnung von Tourismus, Wirtschaft und Kultur vorantreiben. Gemeinsame Vermarktung gestalten.

Mein Anspruch:

Mehr Raum. Mehr Resonanz. Für eine Stadt, die ihre Vielfalt lebt und schützt.

Sport und Bewegung

— damit in ganz
Potsdam Sport
für Alle möglich
wird

Warum es jetzt zählt

Potsdam ist eine wachsende Stadt — nicht nur in Bezug auf ihre Bevölkerung, sondern auch hinsichtlich des sportlichen Engagements ihrer Bürger*innen. Die Vielfalt an Sportvereinen, Organisationen und Initiativen prägt die Stadtgesellschaft maßgeblich. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Sportinfrastruktur, Inklusion, Beteiligung und Förderung.

Die Sportlandschaft in Potsdam erfüllt zentrale gesellschaftliche Aufgaben: Sie stärkt Gesundheit und Wohlbefinden, fördert soziale Teilhabe, unterstützt Kinder- und Jugendentwicklung und ist ein Motor für Integration und Inklusion. Darüber hinaus ist der Leistungssport ein bedeutender Image- und Wirtschaftsfaktor für die Stadt.

Trotz aller Erfolge steht Potsdam vor großen Herausforderungen — insbesondere im Bereich des Breitensports, der Sportinfrastruktur und der gleichberechtigten Teilhabe.

Was sich im Alltag ändert

Alle Menschen in Potsdam — unabhängig von Alter, Herkunft, Einkommen oder Beeinträchtigung — finden ein wohnortnahes, barrierefreies und qualitativ hochwertiges Sportangebot.

Welche Hebel ich bewegen will

1. Breitensport stärken — Infrastruktur ausbauen

- Schaffung weiterer wettkampffähiger Sportflächen
- Sportflächen müssen bei allen Flächennutzungs- und Bebauungsplänen konsequent mitgedacht werden.
- Rettung und Erhalt bestehender Flächen, wie z. B. dem Sportplatz ESV Lok Potsdam an der Berliner Straße
- Neue Bildungsstandorte sollen grundsätzlich mit Sportstätten kombiniert werden.
- Auch bei Widerstand Einzelner dürfen neue Sportflächen nicht verhindert werden. (Fokus auf das Gemeinwohl)
- Kompetenz des Stadtsportbundes konsequent bei Planungen nutzen
- Bei Neubau von Infrastruktur konsequent klimarelevante Aspekte berücksichtigen (Versickerung, PV-Anlagen, Regenwasserzisternen etc.)

2. Förderung des Ehrenamtes

- Erarbeitung von Anreizsystemen zum Halten und Gewinnen von Ehrenamtler*innen in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund

- Gezielte Ansprache von jungen Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Rentner*innen zur Übernahme eines Ehrenamtes im Sport
- Digitalisierung der Antragstellungen und Entbürokratisierung

3. Inklusion und Teilhabe ausbauen

- Menschen mit Behinderung müssen gleichwertig am Sport teilhaben können.
- Förderung des Ausbaus inklusiver Sportgruppen und Unterstützung von Vereinen, die Barrieren abbauen.

4. Leistungssport wirtschaftlich denken — gezielt fördern

- Bundes- und Landesmittel bleiben zentrale Finanzierungsquellen — kommunal wird unterstützt.

5. Nichtorganisierten Sport ermöglichen

- Nicht jeder Sport findet im Verein statt — Bewegungsräume im öffentlichen Raum sind unverzichtbar.
- Wohnortnahe, offene Sport- und Bewegungsflächen in allen Stadtteilen — von der Streetballfläche bis zur Outdoor-Fitnessanlage
- Die Outdoorflächen sollen sicher, beleuchtet und gepflegt sein.
- Breitensportveranstaltungen im öffentlichen Raum werden aktiv gefördert — z. B. durch Befreiung von Sondernutzungsgebühren.

Mein Anspruch:

Mehr Platz. Mehr Perspektive. Für ein Potsdam, das Sport ernst nimmt.

Ortsteile im Fokus

**— weil wir alle
Potsdam sind**

Warum es jetzt zählt

Potsdam wächst — und mit dem Wachstum steigen auch die Anforderungen an eine Stadt, die Vielfalt anerkennt und gleichwertige Lebensverhältnisse schafft. Urbane Entwicklung und ländlich geprägte Ortsteile bringen unterschiedliche Perspektiven und Bedürfnisse mit, die gesehen und ernst genommen werden müssen. Damit Potsdam als Ganzes zusammenwächst, braucht es funktionierende Infrastrukturen, gute Daseinsvorsorge und echte Teilhabe — in jedem Stadt- und Ortsteil.

Dazu müssen die historisch gewachsenen Identitäten, unterschiedlichen Lebenswelten und konkreten Bedarfe der Ortsteile ihren Platz haben und anerkannt werden. Gelebte Demokratie beginnt vor der Haustür: Wenn Entscheidungen nachvollziehbar, frühzeitig und gemeinsam mit den Menschen vor Ort getroffen werden, stärkt dies das Vertrauen in die Stadtpolitik. Dafür sind starke Ortsbeiräte unverzichtbar. Sie kennen die Anliegen ihrer Ortsteile, vermitteln zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft — und bringen das nötige Wissen mit, um tragfähige Lösungen vor Ort zu gestalten.

Die Stadt muss die Arbeit der Ortsbeiräte noch stärker als Chance begreifen: für bessere Entscheidungen, für mehr Bürgernähe und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dafür braucht es klare Strukturen, verbindliche Beteiligung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Was sich im Alltag ändert

Die ehrenamtliche Arbeit der Ortsbeiräte wird spürbar gestärkt. Die lokale Expertise der Ortsbeiräte wird künftig systematisch mit dem Fachwissen der Verwaltung verzahnt.

Die gemeinsame Suche nach Lösungen steht bei der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Ortsbeiräten im Mittelpunkt. Wenn ein Antrag — z. B. aus rechtlichen Gründen — nicht umgesetzt werden kann, soll ein Weg aufgezeigt werden, wie das zugrundeliegende Problem dennoch gelöst bzw. das Anliegen alternativ umgesetzt werden kann.

Um die Entwicklung des ländlichen Potsdamer Raums in den Ortsteilen zu stärken, werden lang geplante für die Ortsteile prioritäre Maßnahmen — wie der Ausbau sicherer Radwege im Potsdamer Norden — zügiger und stärker im Dialog mit den Ortsteilen umgesetzt. Wenn Ortsteile die Lasten der Energiewende tragen, wie bei Wind- und Solarflächenanlagen, wird dafür gesorgt, dass sie von den Umlagen aus dem Wind- und Solareuro profitieren — diese fließen direkt in die Ortsteilkasse.

Welche Hebel ich bewegen will

- **Feste Ansprechperson und Sensibilisierung:** Die Stadt stellt eine klar benannte, gut ausgestattete Ansprechperson für Ortsbeiräte bereit, direkt angebunden an den künftigen Verwaltungsvorstand. Verwaltungsmitarbeitende werden gezielt für die Belange der Ortsteile sensibilisiert.
- **Frühzeitige Information und Beteiligung:** Ortsbeiräte werden bei größeren Vorhaben frühzeitig eingebunden und regelmäßig informiert.
- **Verbindlicher Dialog auf Augenhöhe:** Rathaus-Runden zwischen Oberbürgermeisterin, den Beigeordneten und den Ortsvorsteher*innen finden turnusmäßig statt — mit Fokus auf Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bereits in frühen Planungsphasen.
- Ergänzend wird jährlich ein Bürgerdialog-Format in den Ortsteilen durchgeführt, das zu einem, jeweils vorab zusammen mit den Ortsbeiräten festgelegten, Schwerpunktthema direkte Gespräche zwischen Verwaltung und Bürgerschaft ermöglicht.
- **Stärkere Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der Ortsbeiräte:** Wichtige Informationen — z. B. zu Fördermittelanträgen für Vereine — werden digital und niedrigschwellig vermittelt. Das digitale Handbuch für Ortsbeiräte wird als lebendiges Dokument auf einer eigenen Webseite zugänglich gemacht und kontinuierlich weiterentwickelt. Eine eigene Spenden-Kostenstelle für Ortsteilprojekte wird bei der Stadtkasse eingerichtet.
- **Zügigere Umsetzung zentraler Vorhaben:** Nutzung aller verfügbaren Handlungsspielräume, um lang geplante Schlüsselprojekte in den Ortsteilen — wie den Ausbau sicherer Radwege im Potsdamer Norden — zügig auf den Weg zu bringen. Ein Runder Tisch der betroffenen Ortsbeiräte bündelt Anliegen des ländlichen Raums und stärkt deren Sichtbarkeit in der Stadtentwicklung.
- **Zukunftsfähige Stadtstruktur vorausschauend gestalten:** Potsdam braucht langfristig eine Stadtstruktur, die Beteiligung und Repräsentanz in allen Stadt- und Ortsteilen verlässlich sichert. Eine frühzeitige Debatte über eine gerechtere, dezentrale Stadtstruktur — auch mit Blick auf wachsende Quartiere wie Krampnitz — wird deshalb gestartet. Dabei sollen Erfahrungen anderer Städte einfließen und mögliche Modelle für Potsdam offen geprüft werden.

Mein Anspruch:

Weniger Abstand. Mehr Verbundenheit. Für ein Potsdam, das in allen Ortsteilen zuhause ist.

Einwohnenden- beteiligung

— weil wir Potsdam
gemeinsam
bewegen wollen

Warum es jetzt zählt

Demokratie lebt vom Mitmachen — und Beteiligung darf sich nicht auf Wahlen beschränken. In einer wachsenden, diversen Stadt wie Potsdam braucht es neue Formen der Mitgestaltung: offen, repräsentativ, inklusiv. Viele Menschen wollen sich einbringen — in ihrer Nachbarschaft, bei konkreten Vorhaben oder in der Stadtentwicklung. Doch oft fehlt es an Zugängen, passenden Formaten oder dem Gefühl, wirklich gehört zu werden.

Besonders junge Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Migrationsgeschichte finden in klassischen Beteiligungsformaten kaum Raum. Beteiligung muss dort stattfinden, wo Menschen leben, und in einer Sprache, die verstanden wird — bildlich, zugänglich, relevant.

Klar ist auch: Beteiligung heißt nicht, dass alle Wünsche umgesetzt werden können. Aber Beteiligung darf auch kein Alibi sein, um Entscheidungen aufzuschieben oder Verantwortung zu delegieren. Sie muss ehrlich, frühzeitig, transparent und ergebnisoffen sein — und am Ende braucht es die politische Verantwortung, zu entscheiden.

Nur mit einer gelebten Beteiligungskultur wächst Vertrauen in Politik und Verwaltung. Und nur so kann die Vielfalt unserer Stadt auch in ihren Entscheidungen sichtbar werden.

Was sich im Alltag ändert

Es wird einfacher, sich zu beteiligen: Digitale und analoge Formate werden verständlich erklärt, mehrsprachig angeboten und auf die Lebensrealitäten unterschiedlicher Gruppen abgestimmt.

Beteiligung wird nachvollziehbar: Wer sich einbringt, erfährt, was daraus geworden ist — inklusive Begründung, warum Vorschläge übernommen oder verworfen wurden.

Kinder und Jugendliche erhalten Beteiligungsräume dort, wo sie sind — in Schulen, Freizeiteinrichtungen oder digital. Menschen mit Migrationsgeschichte und Mehrsprachigkeit finden gezielte Angebote und Ansprechpartner*innen. Inklusive Formate sorgen dafür, dass Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf nicht ausgeschlossen bleiben.

Welche Hebel ich dafür bewegen will

- **Zentrale Koordinierungsstelle für Beteiligung:** Die Stabsstelle wird zur verbindlichen Anlaufstelle für Fachbereiche und Bürger*innen, entwickelt

Qualitätsstandards und sorgt für Transparenz.

- **Verbindliche Beteiligungsleitlinien:** Für relevante Vorhaben wird frühzeitig geregelt, wie Beteiligung stattfindet — mit klaren Phasen, Rückmeldungen und Entscheidungsklarheit.
- **Beteiligung von Familien fördern:** Familien und insbesondere Mütter werden aktiv beteiligt. Beteiligung findet an den Orten statt, wo Familien sind.
- **Jugendbeteiligung ausbauen:** Beteiligungsformate für junge Menschen werden in Schulen, Jugendeinrichtungen und digital etabliert — mit echtem Einfluss und Rückmeldung.
- **Interkulturelle Beteiligung fördern:** Mehrsprachige Beteiligungsangebote, kulturell anschlussfähige Formate und Kooperationen mit migrantischen Organisationen
- **Inklusive Beteiligung gestalten:** Barrierefreie Veranstaltungen, einfache Sprache und aufsuchende Beteiligung für Menschen mit Unterstützungsbedarf
- **Beteiligungskultur sichtbar machen:** Beteiligungsberichte, Feedback-Kanäle und ein zentrales Online-Portal schaffen Vertrauen und Orientierung.

Mein Anspruch:

Mehr Mitgestalten. Mehr Zusammenhalt. Für eine Stadt, die zuhört und entscheidet.

Ordnung und Sicherheit

— für eine Stadt,
in der sich alle
sicher fühlen

Warum es jetzt zählt

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis — und Voraussetzung für Lebensqualität, Vertrauen und sozialen Zusammenhalt. Eine sichere Stadt bedeutet nicht nur den Schutz vor Kriminalität, sondern auch saubere Straßen, verlässliche Ordnung und das gute Gefühl, sich zu jeder Zeit an jedem Ort frei bewegen zu können.

Doch Sicherheit bedeutet für unterschiedliche Menschen Unterschiedliches. Wer nachts alleine unterwegs ist, wer Diskriminierung erlebt oder im öffentlichen Raum lebt, hat andere Erfahrungen und Erwartungen als jemand mit stabilem Alltag und festem Wohnumfeld. Deshalb braucht es eine Sicherheitspolitik, die alle mitdenkt — nicht nur die lauten Stimmen.

Gleichzeitig darf Sicherheit nicht zum Vorwand für Abschottung, Ausgrenzung oder pauschale Kontrollen werden. Und Ordnungspolitik darf nicht Symbolpolitik betreiben, wo soziale Lösungen gefragt wären. Die kommunale Sicherheitspolitik muss pragmatisch, rechtssicher und menschengerecht sein — mit klarem Blick auf Ursachen, nicht nur auf Symptome.

Was sich im Alltag ändert

Wer unterwegs ist — zu Fuß, mit Bus oder Rad — fühlt sich sicherer durch bessere Beleuchtung, sichtbare Präsenz und gepflegte öffentliche Räume.

An Bahnhöfen, Haltestellen und in Parks wird konsequent auf Prävention, Präsenz und Sauberkeit gesetzt — ohne Verdrängung, aber mit klaren Regeln. Wer Hilfe braucht, bekommt sie: durch aufsuchende Sozialarbeit, Zivilstreifen und Ansprechpartner*innen in den Stadtteilen.

Jugendliche werden nicht stigmatisiert, sondern mit präventiven Angeboten ernst genommen und einbezogen. Sie finden Räume, in denen sie sich aufhalten und ausprobieren dürfen. Menschen mit Diskriminierungserfahrungen finden Schutz und klare Ansprechstellen.

Welche Hebel ich dafür bewegen will

- Angsträume konsequent bearbeiten: Licht, Pflege und Nutzbarkeit verbessern — z. B. an Haltestellen, Unterführungen, Parks und Spielplätzen.
- Stadtweites Präventionsnetzwerk ausbauen: Zusammenarbeit von Ordnungsamt, Polizei, Sozialarbeit, Schulen und freien Trägern zur Gewalt- und Suchtprävention.
- Sozialarbeit im öffentlichen Raum stärken: Spezialisierte Teams für Jugendliche, Wohnungslose und Suchtkranke, die vermitteln statt verdrängen

- Sicherheitsdialoge vor Ort einführen: Regelmäßiger Austausch mit Anwohner*innen über Probleme, Lösungen und Verantwortung
- Digitale Beschwerde- und Meldesysteme weiter ausbauen: Wer Müll, Mängel oder Störungen bemerkt, kann einfach und direkt informieren.
- Kommunale Schutzkonzepte für besonders gefährdete Gruppen: z. B. LSBTIQ*, Senior*innen, Frauen oder Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund

Meine Anspruch:

Mehr Klarheit. Mehr Rückhalt. Für eine Stadt, die Sicherheit mit Haltung verbindet.

Wirksame Gewaltschutz- strukturen

– damit Angst
keinen Raum hat

Warum es jetzt zählt

Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben frei von Gewalt und Angst, überall. Leider ist das von der Realität weit entfernt. In Deutschland erlebt jede dritte Frau körperliche Gewalt in ihrem Leben. Jede vierte Frau erlebt Gewalt in ihrer eigenen Beziehung. Das eigene Zuhause ist viel zu oft der gefährlichste Ort für Frauen. Auch in unserer Stadt.

Was sich im Alltag ändert

Wir alle müssen hinschauen und uns einmischen, denn Schweigen hilft nur Tätern. Mit einem breiten Bewusstsein für das Thema Häusliche Gewalt ist breite Unterstützung möglich. Gewalt in der Beziehung muss genderunabhängig ein anerkannter Dringlichkeitsgrund bei der Beantragung eines Wohnberechtigungsscheins werden. Das Jugendamt darf nur begleiteten Umgang mit dem gewaltausübenden Partner zulassen. Niedrigschwellige und kostenlose Beratungsangebote müssen allen Betroffenen zur Verfügung stehen. Jedes Team-Mitglied im Bürgerservice kann die Anzeichen Häuslicher Gewalt erkennen und weiß genau, an welche Anlaufstelle es Betroffene verweisen kann.

Welche Hebel ich bewegen will

- Vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention und des Gewalthilfegesetzes in Potsdam
- Sensibilisierung und Weiterbildung aller Verwaltungsbereiche (Jugendamt, Sozialamt, Wohnungsamt, Bürgerservice etc.) für die Themen Häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt
- Stärkung des Arbeitskreis Opferschutz unter der Leitung der Gleichstellungsbeauftragten
- Stärkung des Frauenhauses, der Frauennotwohnung und der Beratungsstelle für Frauen* und Mädchen*

Mein Anspruch:

Weniger Schweigen. Mehr Schutz. Für ein Potsdam, das hinschaut — und handelt.

**Gemeinsam mit
dem Umland:
Verantwortung
teilen, Zukunft
gestalten**

Warum es jetzt zählt

Potsdam wächst — und mit der Stadt wächst auch die Region. Wohnen, Arbeiten, Pendeln, Freizeit, Bildung: All das endet längst nicht an der Stadtgrenze. Viele Menschen leben in einer Umlandgemeinde und arbeiten in Potsdam — oder umgekehrt. Die Herausforderungen unserer Zeit — Wohnraumbedarf, Klimaschutz, Mobilität, soziale Infrastruktur — lassen sich nur gemeinsam lösen.

Bisher ist die Zusammenarbeit oft zu projektbezogen, zu zögerlich oder vom Zufall geprägt. Dabei braucht es klare Strukturen, gemeinsame Ziele und ein abgestimmtes Handeln. Wer dauerhaft gegeneinander plant oder verwaltet, verspielt Lebensqualität, Ressourcen und Gestaltungskraft.

Potsdam hat die Chance und die Verantwortung, als starke Stadt in der Region Impulse zu setzen — aber nicht über die Köpfe anderer hinweg. Es geht um Partnerschaft auf Augenhöhe, nicht um Dominanz. Denn was die Region zusammenhält, macht auch Potsdam stark.

Was sich im Alltag ändert

- Bus und Bahnverbindungen zwischen Potsdam und dem Umland werden enger abgestimmt.
- Wohnraumentwicklung endet nicht an der Stadtgrenze. Es wird regelhaft geprüft, ob übergreifende Projekte erfolgsversprechend sind.
- Schul- und Kitaangebote werden über Gemeindegrenzen hinweg gedacht, damit Wege kurz bleiben und Betreuungsplätze ausreichen.
- Regionale Gewerbeentwicklung ermöglicht wohnortnahe Arbeitsplätze und entlastet den Pendelverkehr.
- Grün- und Erholungsräume bleiben erhalten, weil gemeinsam geplant und nicht gegeneinander bebaut wird.
- Gemeinsame Sozial-, Energie- und Klimaschutzprojekte bündeln Ressourcen und Know-how.

Welche Hebel ich dafür bewegen will

- Verbindliche interkommunale Zusammenarbeit stärken: über Zweckverbände, Kooperationsvereinbarungen oder gemeinsame Planungsstellen
- Regionale Wohnbaukonferenzen einführen: regelmäßiger Austausch zu Flächenentwicklung, Sozialquoten und Infrastrukturfragen mit allen Beteiligten
- Verkehrsplanung im Verbund denken: übergreifende ÖPNV-Strategien mit dem VBB, Ausbau von Park+Ride-Standorten und Fahrradschnellwegen

- Kooperationen bei Bildung und Betreuung ausbauen: z. B. durch Schulentwicklungsplanung mit Nachbarkommunen und geteilte Investitionen
- Klimaschutz- und Energieprojekte regional aufstellen: Photovoltaik, Wärmenetze und Flächenschutz nicht gegeneinander planen
- Regelmäßiger Umland-Dialog: strukturierter Austausch mit Bürgermeister*innen und kommunalen Spitzen — verbindlich, auf Augenhöhe, lösungsorientiert

Mein Anspruch:

Mehr Abstimmung. Mehr Wirkung. Für eine Stadt, die im Miteinander wächst.

**Potsdam steht
für Demokratie
und Respekt**

Warum es jetzt zählt

Potsdam ist eine offene, vielfältige und solidarische Stadt — und das soll so bleiben. Doch auch hier sind die Zeiten rauer geworden: Die AfD ist zur stärksten Kraft bei der Europawahl geworden, der Ton in sozialen Netzwerken verroht, Einschüchterungen nehmen zu. Das alles ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines fortschreitenden Rechtsrucks, der längst in die Mitte der Gesellschaft reicht.

Gerade in Ostdeutschland ist die Demokratie noch vergleichsweise jung — und in vielen Biografien wurde sie nicht als verlässlich erlebt. Wer sich vom Staat abgehängt fühlt, verliert Vertrauen. Diese Lücke füllen zunehmend autoritäre, nationalistische Kräfte, die Vielfalt verächtlich machen und Probleme zuspitzen, ohne Lösungen zu bieten.

Deshalb braucht es eine klare Haltung: Demokratie ist kein Selbstläufer — sie muss gelebt, geschützt und weiterentwickelt werden. Das bedeutet: politische Bildung, echte Teilhabe und eine starke Zivilgesellschaft. Aber auch klare Grenzen gegenüber Demokratiefeind*innen, die Institutionen missbrauchen, um sie von innen heraus zu schwächen.

Was sich im Alltag ändert

Unsere Stadt tritt weiterhin sichtbar gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung auf — im Alltag, im Netz und auf der Straße.

Ehrenamtliche Initiativen, Demokratieförderprojekte und Bündnisse wie „Potsdam! bekennt Farbe“ erhalten dauerhaft Unterstützung und Sichtbarkeit. Räume für Austausch, Begegnung und Kontroverse werden geschaffen oder erhalten — in Schulen, Kulturorten und Stadtteilen.

Menschen mit Fluchterfahrung, Migration oder queerer Identität fühlen sich sicherer und sichtbarer — durch konkrete Schutz- und Beteiligungsmaßnahmen. Rassismus, Antisemitismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werden klar benannt, dokumentiert und bekämpft.

Welche Hebel ich dafür bewegen will

- Demokratieförderung strukturell verankern: durch eine dauerhafte Förderung zivilgesellschaftlicher Träger und verbindliche Strategien
- Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ weiterentwickeln: zur stadtweiten Plattform für Demokratie, Vielfalt und zivilgesellschaftliche Resilienz
- Kein Raum für Demokratiefeind*innen: Klare Kante gegen jede Form von Relativierung, Zusammenarbeit oder „Normalisierung“ der AfD — auch und gerade in Gremien und Ämtern

- Rathaus demokratiekompetent machen: Fortbildungen, Schutzkonzepte, klare Regeln im Umgang mit Angriffen, Bedrohungen oder Desinformation.
- Demokratieförderung in Bildung und Jugendarbeit stärken: Politische Bildung als Querschnittsaufgabe in Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen — auch mit außerschulischen Trägern
- Orte der Begegnung stärken: Stadtteilzentren, Kulturorte und Vereine erhalten Ressourcen, um demokratische Teilhabe und Vielfalt zu ermöglichen
- Sichtbarkeit und Wertschätzung für Engagement: Auszeichnungen, Öffentlichkeit und politische Rückendeckung für Menschen, die Haltung zeigen

Mein Anspruch:

Mehr Klarheit. Mehr Courage. Für eine Stadt, die Haltung zeigt.

Noosha Aubel



V.i.S.d.P. Noosha Aubel,
c/o Postflex #9237,
Emsdettener Straße 10
48268 Greven

info@noosha-aubel.de
www.noosha-aubel.de

überparteilich

Am 21.9.
Noosha Aubel
wählen